

Niederschrift Nr. 27 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 15.06.2005

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 17:00 bis 18:15 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Reinhard Hegewald

ANWESENDE:

SPD

Beigeordneter Horst Jahnke (ab 17.05 Uhr)
Ratsherr Richard Janssen für Ratsherrn Jürjen Heinks
Ratsfrau Marianne Pohlmann
Ratsherr Kai-Uwe Schulze
Beigeordneter Johann Südhoff (bis 17.40 Uhr)
Ratsherr Richard Woldmer für Ratsfrau Regina Meinen

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz für Beigeordneten Heinz Werner Janßen
Ratsherr Reinhard Hegewald
Ratsfrau Monika Hoffmann

FDP

Ratsherr Heino Ammersken
Beigeordneter Erich Bolinius

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Martin Lutz
Stadtoberamtsrat Dieter Mansholt, 103
Stadtamtsrat Wilhelm Büüsker, FD 210
Stadtamtsrätin Beate Stomberg, FD 220
Stadtamtsrat Okko Ahten, FD 432
Stadtangestellter Tom Sprengelmeyer, FD 600
Frauenbeauftragte Okka Fekken
Stadtangestellte Agnes Rauch, Protokollführung

Gäste

2 Vertreter der örtlichen Presse

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Hegewald begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Hegewald bittet auf Wunsch der Verwaltung, den Tagesordnungspunkt 6 „Quartalsberichtsergebnis zum 31.03.2005“ vor dem Tagesordnungspunkt 5 „Eckdatenbeschluss für das Haushaltsjahr 2006/2007“ zu behandeln.

Gegen die geänderte Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Niederschrift Nr. 27 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 15.06.2005

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 19.04.2005

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 19.04.2005 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es sind keine Einwohner anwesend.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 5 Vorlage 14/1756-00
Eckdatenbeschluss für das Haushaltsjahr 2006/2007

Herr Lutz stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Eckwerte für das Jahr 2006 vor.

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Hegewald bedankt sich bei Herrn Lutz und bittet um Wortmeldungen.

Herr Ammersken ist der Ansicht, dass gerade die letzten Ausführungen von Herrn Lutz für eine zukünftige Haushaltskonsolidierung richtungsweisend seien. Fraktionsübergreifend sollte man seiner Meinung nach in die Haushaltskonsolidierung gehen und sich nur noch an diesen Zielen orientieren. Ohne diese wäre es sehr schwer, auch im Bereich der freiwilligen Leistungen zu Kürzungen zu kommen, denn jede Leistung lasse sich positiv begründen.

Herr Renken stimmt dem zu, stellt jedoch die Frage, was in diesem engen Zeitraum noch realisierbar sei. In der Haushaltskonsolidierungsgruppe müsse eine gemeinsame politische Basis zur Verabschiedung gefunden werden.

Die Förderung von Jugend und Bildung seien eines der wichtigsten Aufgaben, die auch in der Stadt Emden eingesetzt werden sollte. Aus diesem Grunde bitte er darum, mehr Einfluss auf die Landesregierung zu nehmen.

Herr Jahnke erklärt, sicherlich könne die Verwaltung gut damit leben, wenn bezüglich des Eckdatenbeschlusses wie im letzten Jahr verfahren werde. Seiner Ansicht nach sei der Zeitdruck nicht gegeben. Gleich nach den Sommerferien sollte man gemeinsam in die Haushaltskonsolidierung einsteigen und die Grundlage bilden, damit die Verwaltung weiterarbeiten könne.

Herr Bongartz führt aus, das Kindertagesstättenausbaugesetz sei ein Gesetz, welches überhaupt niemand wolle und brauche. Es handle sich hierbei um ein politisches Gesetz, was an den Interessenslagen der Bevölkerung im Grunde genommen vorbeigehe. Zudem könne es auch keiner bezahlen. Dabei handle es sich um ein grundsätzliches Problem in der Politik. Es sei auch verlockend, Zuschüsse zu Förderprojekten in Anspruch zu nehmen. Man sollte sich jedoch darüber im Klaren sein, dass die zweite Hälfte bezahlt werden müsse. Und wenn man sich dieses nicht leisten könne, müsse man sich in Zukunft überlegen, ob das Projekt tatsächlich benötigt werde.

Niederschrift Nr. 27 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 15.06.2005

Herr Dr. Beisser fügt hinzu, die Förderrichtlinien seien so absurd, dass allein in der EU 140 Mrd. € u. a. von den Kommunen nicht abgerufen worden seien, weil die Restfinanzierung fehlte. Außerdem sei der Einfluss der Kommunalpolitiker auf die Landes- und Bundesregierung verhältnismäßig beschränkt.

Er erklärt weiter, die Stadt Emden könne sich die Senkung der Arbeitslosigkeit nicht als Oberziel setzen. Sie könne lediglich eine Ordnungspolitik machen, die mehr Arbeitsplätze entstehen lasse.

Herr Lutz entgegnet, beim Frisiapark sei es nicht nur Ordnungspolitik gewesen, die gemacht worden sei. Man sei sich darüber einig gewesen, dass dieses der Aufgabe einer Kommune eigentlich nicht entspreche. Dennoch sei es gelungen.

Herr Sprengelmeyer betont, das Tagesbetreuungsausbaugesetz werde inhaltlich überhaupt nicht in Zweifel gezogen, da es benötigt werde. Lediglich die Finanzierung werde in Frage gestellt. Aufgrund der demographischen Entwicklung werde es aber ein wesentlicher Standortfaktor sein, um die Arbeitsplätze und die gutverdienenden Menschen hier weiter halten zu können. Dazu würden Betreuungsplätze in verschiedenster Form benötigt. Die Kindertagesstätten gehörten mittlerweile auch zu den Bildungseinrichtungen.

Frau Fekken weist darauf hin, dass das Tagesbetreuungsausbaugesetz eigentlich ein Baustein von Hartz IV sei. Dieses könne nur bis in die letzte Konsequenz durchgezogen werden, wenn das Tagesbetreuungsausbaugesetz realisiert werde. Den durch die demographische Entwicklung prognostizierten Arbeitskräftemangel könne man nur entgegensteuern, wenn die Arbeitsplätze hochqualifizierter Menschen – in erster Linie Frauen – sichergestellt werde.

Herr Ammersken befürchtet, dass jetzt wieder begonnen werde, die Verantwortung auf Bund und Land abzuschieben. Er appelliert an die Fraktionen, sich darauf zu forcieren, was man im eigenen städtischen Haushalt machen könne. Schuldzuweisungen würden da nicht weiterhelfen.

Herr Bongartz bezieht sich auf die Aussage von Frau Fekken und stellt heraus, dass schon Hartz IV nicht bezahlbar sei. Es möge ja stimmen, dass das Tagesbetreuungsausbaugesetz erforderlich sei. Dennoch sollte man sich wirklich nur das leisten, was auch finanziert werden könne.

Herr Bongartz stellt den Antrag, die Vorlage an die Fraktionen zu verweisen.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügten Eckdaten zum Haushalt 2006.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 6 Vorlage 14/1757-00
Quartalsberichtsergebnis zum 31.03.2005

Herrn Mansholt erläutert im Einzelnen das Quartalsberichtsergebnis zum 31.03.2005 und prognostiziert, dass sich das Defizit fast verdoppeln werde.

Niederschrift Nr. 27 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 15.06.2005

Herr Lutz ergänzt, beim Quartalsabschluss für den Fachbereich 500 seien für die Kosten der Unterkunft über 9 Mio. € einkalkuliert worden, da man von etwa 2.200 Bedarfsgemeinschaften ausgegangen sei. Durch die monatlich schwankenden Zahlen an Bedarfsgemeinschaften habe man nun ein großes Problem mit der tatsächlichen Kalkulation, da man mit einer Zahl von 2.800 bis 3.000 Bedarfsgemeinschaften im Jahresdurchschnitt zu rechnen habe.

Gleichzeitig sei noch nicht bekannt, wie hoch die Erstattungsleistungen des Bundes seien. Derzeit liege man bei 29,1 % der Kosten der Unterkunft. Jedoch habe der Bund Anfang des Jahres angekündigt, die Kostenerstattungen auf 5,4 % zu senken.

Weiter führt Herr Lutz aus, durch den höheren Personalbedarf bei der Arbeitsgemeinschaft werde die Stadt Emden eine größere Personalkostenerstattung bekommen, da davon auszugehen sei, dass noch mehr Bedienstete zur ARGE wechseln würden.

Herr Lutz fügt zum Finanzbudget hinzu, es sei festzustellen, dass insbesondere über Rückzahlungen in der Gesamtsumme weniger an Steuern eingenommen worden sei, als die Verwaltung für dieses Jahr an Gewerbesteuern vorgesehen habe. Der Anteil der Einkommenssteuer, Hundesteuer, Vergnügungssteuer und Grundsteuer lasse sich relativ genau einschätzen. Bei der Gewerbesteuer sei es zu einigen Rücküberweisungen gekommen, da nach Prüfung der Steuererklärungen festgestellt worden sei, dass die Unternehmen zuviel Gewerbesteuern vorausgezahlt hätten. Es habe auch Nachzahlungen gegeben, jedoch habe man im ersten Quartal dieses Jahres deutlich mehr Rückzahlungen gehabt. Gleichzeitig sei dadurch die Summe der einkalkulierten Vorauszahlungen zurückgegangen. Aufgrund dessen werde zum jetzigen Zeitpunkt voraussichtlich der Betrag von 21,1 Mio. € bei der Gewerbesteuer deutlich nach unten verfehlt. Bis zum 31.12. könne sich diese Prognose noch ändern, aber es gebe ganz deutliche Warnsignale. Insgesamt käme die Stadt Emden zu einem Defizit von fast 10 Mio. € und dagegen müsse nun etwas getan werden. Im Verwaltungsvorstand habe man eine Besetzungssperre aller externen und internen Stellen beschlossen. Als erstes werde die Besetzung der Stelle im Beschwerdemanagement zunächst einmal zurückgestellt. Sicherlich werde es auch einige wichtige Ausnahmen geben, u. a. habe man mit den Auszubildenden eine Vereinbarung getroffen, sie nach Beendigung der Ausbildung ein Jahr weiterzubeschäftigen, sofern das Prüfungsergebnis akzeptabel gewesen sei. Wie viel am Ende diese Besetzungssperre ausmachen werde, lasse sich nur grob einschätzen. Wenn zehn Stellen über das nächste halbe Jahr nicht wieder besetzt würden, könnten durchaus ¼ Mio. € an Personalkosten eingespart werden.

Herr Lutz stellt weiterhin heraus, der Haushalt befinde sich derzeit noch in der vorläufigen Haushaltsführung. Aus diesem Grunde bestehe nicht die Möglichkeit, Haushaltssperren auszusprechen. Er habe alle Fachbereichsleiter und Budgetverantwortlichen angeschrieben, mit der Bitte ihm nachhaltige Vorschläge zur Einsparung und zur Verbesserung der Einnahmesituation zu nennen. Wenn keine entsprechenden Vorschläge eingehen sollten, werde er eine Haushaltsbewirtschaftung durchführen.

Er erklärt weiter, die eigentlichen Probleme lägen aufgrund der deutlich gestiegenen Anzahl der Fälle bei den Kosten der Unterkunft. Bei den Kosten der Jugendhilfe müsse überlegt werden, wie man sich hier extern beraten lassen könne. Es dürfte bei der jetzigen Haushaltlage nichts außer Acht gelassen werden, um die Kosten- und Einnahmenstruktur zu verbessern.

Herr Hegewald bedankt sich bei den Herren Lutz und Mansholt für ihre Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Niederschrift Nr. 27 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 15.06.2005

Herr Ammersken ist bestürzt darüber, dass sich das Defizit auf fast 10 Mio. € verdoppelt habe. Er appelliert an die Ratsmitglieder, gemeinsam möglichst früh Gespräche mit der Verwaltung bezüglich der Haushaltskonsolidierung zu führen und unabhängig von allen parteipolitischen Wünschen die freiwilligen Leistungen zu prüfen.

Herr Bongartz erinnert an das Jahr 1994. Die Situation sei ähnlich gewesen. Auch seinerzeit gab es eine Haushaltskonsolidierungsrunde, die auch Einschnitte in die freiwilligen Leistungen vollzogen habe. Er halte es für notwendig, sich jetzt gemeinsam zusammzusetzen und in eine Haushaltskonsolidierung zu gehen.

Herr Jahnke teilt mit, beim letzten Treffen der Haushaltskonsolidierungsrunde habe man verabredet, kontinuierlich weiterzumachen. Es seien die freiwilligen Leistungen bisher nicht weiter verfolgt worden, da man davon ausgegangen sei, das dort bereits vor Jahren im erheblichen Maße zusammengestrichen worden sei. Auch habe man sich unter der Maßgabe, dass ab 2007 die Verschuldung abgebaut werden könne, darauf verständigt, dass man die freiwilligen Leistungen auf dem bisherigen Niveau belassen wolle.

Wenn sich diese Zahlen so weiterentwickelten, müsse nicht nur die personelle Situation bei der Stadt Emden auf den Prüfstand im Rahmen eines Gutachters auf den Prüfstand gestellt werden. Auch müsse die Haushaltskonsolidierungsgruppe andere Dinge in Angriff nehmen.

Abschließend teilt er mit, er sei schockiert von dem negativen Ergebnis für das Jahr 2005. Vor diesem Hintergrund sollte man sich wirklich überlegen, ob es Sinne mache, am 21.09.2005 einen Eckdatenbeschluss zu verabschieden. Vielmehr sollte man lieber in die Arbeitsgruppe einsteigen.

Auch **Herr Renken** ist bestürzt darüber, dass man zu einem Zeitpunkt, wo der Haushaltsplan 2005 noch nicht einmal beschlossen sei, in der Prognose des Quartalsabschlusses ein Loch entstehe, welches doppelt so groß sei wie erwartet. Es stelle sich die Frage, inwieweit diese Haushaltsplanung in so einer Situation überhaupt noch tragfähig sei. Durch den Einbruch in der Gewerbesteuer zeige sich die Leistungsfähigkeit der Betriebe. Seiner Meinung nach sei es nicht die Ausgabenseite der Stadt Emden, die so schlecht aussehe. Da bewege man sich wesentlich im Rahmen, bis auf die Dinge, zu denen man gesetzlich verpflichtet sei. Er schließe sich seinen Vorrednern an, denn Haushaltskonsolidierung sei ein ständiger Prozess und man müsse sich unter diesen Vorzeichen überlegen, wie man darauf reagiere.

Zum Thema Personalentwicklung erklärt Herr Renken, es halte es für fatal, gerade ein solches Instrument wie das Beschwerdemanagement zu streichen. Durch die Bürgernähe und rasche Erledigung von Problemen solle erreicht werden, dass es zu evtl. Einsparungen käme.

Herr Lutz erläutert, um eine Planungsgrundlage für das Jahr 2006 zu haben, habe man sich in der letzten Ausschusssitzung darüber verständigt, noch bis zu den Ferien einen VA-Beschluss zu bekommen. Dann könne in den Fachbereichen weiter diskutiert werden. Auf der anderen Seite sehe man den Eckwertebeschlussentwurf als derzeitigen Arbeitsstand. Damit müsse sowohl in der Verwaltung als auch in der Haushaltskonsolidierungsgruppe gearbeitet werden.

Abschließend stellt Herr Lutz fest, das Beschwerdemanagement könne sicherlich die einen oder anderen Kosten abfangen. Er bitte jedoch zu überlegen, wie man den Funktionseinheiten in der Verwaltung verständlich machen solle, dass dortige Stellen nicht wieder besetzt würden, wenn auf der anderen Seite die Stelle im Vorstandsbüro besetzt werde. Er sehe es als ein Signal im Hause. Herr Lutz ist der Ansicht, dass die Stadt Emden bis zu 1 ½ Jahre länger damit beschäftigt sei, das Defizit wieder aufzufangen.

Niederschrift Nr. 27 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 15.06.2005

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 7 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Lutz erklärt, um die Zahlungsbereitschaft bei den zahlungsfähigen Schuldern der Stadtkasse zu verbessern, sei die Stadt dazu übergegangen, sogenannte Ventilwächter zu verwenden. Es handele sich hierbei um leuchtend gelbe Wegfahrsperrern, die auf den Ventilen der Autoreifen angebracht würden und ohne Schlüssel nicht abzuziehen seien. Wenn das Auto in Bewegung gesetzt werde, entweiche die Luft aus dem Reifen. Die Fahrzeughalter würden über grelle Aufkleber an der Windschutzscheibe und an der Scheibe der Fahrertür darüber informiert, dass der Wagen gesichert worden sei und nicht benutzt werden könne. Dieses sei ein zulässiges Mittel der Vollstreckung und die Stadt Emden sehe sich zu diesem Schritt gezwungen, um die Zahlungsbereitschaft in einigen Fällen zu verbessern.

Herr Sprengelmeyer teilt mit, wie bereits angesprochen, findet am 21.06.2005 beim Landkreis Leer, Bergmannstraße 37, eine Veranstaltung des Regionalen Bündnisses Ostfriesland statt, an der auch die Bundessozialministerin anwesend sei. Er betont, da die Einladung direkt vom Regionalen Bündnis verschickt worden sei, habe er selbstverständlich die Adressen aller Ratsmitglieder weitergegeben. Leider habe es wohl dort Probleme gegeben, so dass nicht alle Ratsmitglieder ihre Einladung erhalten hätten.

Punkt : 8 Anfragen

Herr Bongartz kritisiert, seine Fraktion habe vor mehreren Monaten die Anfrage gestellt, ob es in der Stadt Emden Baugebiete gäbe, die älter als zehn Jahre und noch nicht abgerechnet seien. Er bittet um Beantwortung innerhalb der nächsten 14 Tage.

Herr Lutz entgegnet, diese Frage sei bereits einmal kurz im Verwaltungsausschuss behandelt worden. Er sagt eine Beantwortung im nächsten Verwaltungsausschuss zu.

Anmerkung der Protokollführung

Eine Beantwortung dieser Anfrage erfolgt im Verwaltungsausschuss am 27.06.2005 unter der Vorlage Nr. 14/1776.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.